

Bericht der Arbeitstagung

Thema der Arbeitstagung war die anstehende sozial-ökologische Transformation der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse. Dabei wollten wir aus Sicht der Interessen von Arbeitnehmer*innen wie von Erwerbslosen die Anforderungen feststellen, die wir an diese Transformation haben.

Am Montag, den 13.6. begann die Tagung mit einem Vortrag von Kim Lucht, der das Verhältnis zwischen „ökologisch“ und „sozial“ ausleuchten sollte. Die Vortragende, eine Doktorandin aus dem Fachbereich Soziologie der Uni in Jena, sollte analysieren, welche Klima- und Umweltschutzmaßnahmen aus ökologischer Sicht in näherer Zukunft notwendig sein werden. Ebenso wollten wir von Kim Lucht wissen, welche Veränderungen es deswegen bei Produktion und Konsum geben muss und wie diese Veränderungen umgesetzt werden können. Ferner sollte der Vortrag auch behandeln, welches Verhältnis zwischen den umweltpolitischen Zielen der Transformation und arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Zielen besteht. Dabei erhofften wir uns auch konkrete Antworten darauf, welche Folgen verschiedene Klimaschutzmaßnahmen auf den Arbeitsmarkt und auf die soziale Lage von Einkommensarmen haben könnten.

Kim Lucht gab in ihrem Folienvortrag zunächst einen Überblick über die gegenwärtige ökologische Krise. Dabei wurde deutlich, dass es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einen kontinuierlichen und weltweiten Anstieg der Oberflächentemperatur der Erde gegeben hat, der weitestgehend menschengemacht ist. Dieser Anstieg, der sich mit einer gewissen Zeitverzögerung von ca. 20 – 30 Jahren beim Klima bemerkbar macht, und zurzeit bei etwa 1,1 Grad gegenüber der Mitte des 19. Jahrhunderts liegt, wird ab ca. 1,5 Grad Temperaturanstieg gegenüber den vorindustriellen Zeiten immer gefährlicher für die Lebewesen auf der Erde einschließlich des Menschen. Ein heutiges Kind wird beispielsweise ein Mehrfaches an Hungersnöten und an Waldbränden erleben als seine Großeltern. Die Krise wirkt sich auch nicht an allen Orten gleich aus. So steigen die Temperaturen in den Gegenden um die Polkappen und um den Äquator deutlich stärker als in anderen Gegenden. Inzwischen sollen sich schon rund 30 Mio. Menschen aufgrund von extremen Unwettern auf der Flucht befinden. Wenn es nicht bald zu einer wirksamen Transformation kommt, so drohen weitere Kipp-Punkte erreicht zu werden, die das Klima weiter anheizen und die ökologische Krise drastisch weiter verschärfen werden. Anders ausgedrückt: Abwarten und Tee trinken wäre eine sehr schlechte Option für die Zukunft der Menschen auf diesem Planeten. Es müsse bald einen Umstieg in eine CO²-neutrale Wirtschaftsweise und Lebensform geben, wenn man nicht schwerwiegende Verschlechterungen bei den Lebensbedingungen vieler Menschen in Kauf nehmen wolle, so Kim Lucht.

Was die soziale Dimension der Krise betrifft, so machte die Referentin klar, dass der CO²-Ausstoß je Person sich je nach Einkommenshöhe drastisch unterscheidet. Global gesehen haben die reichsten 10% der Weltbevölkerung einen weit überdurchschnittlichen CO²-Ausstoß und diesen in den letzten Jahrzehnten auch noch weiter erhöht. Unter diesen reichsten 10% sticht die Gruppe der Superreichen (= oberste 1% der globalen Einkommenspyramide) noch weiter hervor, sie haben im Jahr 2020 schon einen Anteil an allen CO²-Emissionen von 15%, Tendenz weiter steigend aufgrund des entsprechenden Lebensstils (viele Flugreisen, große Wohnungen, viele energieverbrauchende Geräte im Haushalt, usw.). Die unteren 50% der Einkommen in der Welt haben dagegen 2020 weniger Emissionen verursacht als noch 1990. Dieser starke Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und dem Umfang der verursachten CO²-Emissionen zeigt sich aber auch EU-weit und im Hinblick auf die Lage in Deutschland. So verursachen zurzeit z. B. die obersten 10% der Einkommenspyramide in Deutschland überproportional viele der CO²-Emissionen in der EU.

Betrachte man die Bereiche, die zum Co²-Ausstoß insgesamt beitragen, so steche besonders der Verkehrssektor hervor. Dort habe es in Deutschland seit 1990 sogar einen Zuwachs an Emissionen gegeben, verursacht durch den mobilen Individualverkehr. Eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor wäre wünschenswert, insbesondere der Ausbau des ÖPNV, das könnte aber leicht 250.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie kosten. Dem stehen vage Schätzungen gegenüber, wonach ein Umbau zur E-Mobilität zwischen 150.000 und 315.000 neue Arbeitsplätze schaffen könne.

Der Prozess der Transformation führe also zu erheblichen objektiv vorhandenen Konflikten. Bisher gebe es deswegen eine deutliche Trennung zwischen ökologischen Akteuren wie z. B. Fridays for Future (FFF) und sozialpolitischen Akteuren wie den Gewerkschaften. Diese Trennung, die sich auch in der Altersstruktur und im Geschlecht der Handelnden widerspiegelt, behindere eine erfolgreiche Intervention. Sie könne aber überwunden werden, wie beispielhaft eine Allianz aus Gewerkschafter*innen von ver.di und von Aktivist*innen von FFF im Rahmen der Auseinandersetzungen um einen Tarifvertrag im Nahverkehr im Jahr 2020 gezeigt habe. So gab es in diesem Zusammenhang Bündnisse in über 30 Städten. Ein gemeinsamer Aktionstag im September 2020 wurde allgemein als Erfolg empfunden und führte zu starker medialer Resonanz. Die gesamte Kampagne („Wir fahren zusammen“) endete vor allem aufgrund des starken Engagements auf allen Seiten mit einem tarifpolitischen Erfolg, aber auch damit, dass soziale und ökologische Akteure zusammengefunden hätten. Die gemeinsamen Diskussionen und Aktionen der Bündnispartner*innen hätten Vorurteile abgebaut sowie auch über die konkrete Kampagne hinaus Verbindungen zwischen den Organisationen gestärkt.

In der Diskussion hob Kim Lucht außerdem hervor, dass es aus ihrer Sicht nicht ohne einen grundsätzlichen Bruch mit der gegenwärtigen Wachstumslogik gehe. Rein technologische Veränderungen reichten nicht aus. Es bedürfe eines grundsätzlichen Strukturwandels hin zu einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise, in der es z. B. auch nicht mehr so notwendig sei, zur Erholung von stressigen Arbeits- und Lebensbedingungen dauernd ökologisch desaströse Fernreisen zu unternehmen.

Die Teilnehmer*innen der Tagung betonten insbesondere die Verantwortung der Verursacher der gegenwärtigen ökologischen Krise für deren Überwindung. Dies müsse z. B. durch mehr Geld für ökologische und soziale Aufgaben geschehen, das durch eine höhere Besteuerung der Reichen und des Kapitals zusammenkommen könne. Auch bei den Produktionsverfahren müsse sich etwas ändern und es wäre auch sinnvoll, Umsonst-, Tausch- und Reparaturläden für Erwerbslose zu bewerben. Ferner müsse die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Umweltbewegung ausgebaut werden, konkret biete sich etwa eine Kampagne für ein Sozialticket bzw. für kostenlosen ÖPNV für Erwerbslose und prekär Beschäftigte an.

Der zweite Tag der Tagung begann damit, dass Heike Wagner das aktuelle Forderungspapier des Bündnisses „AufRecht bestehen“ zur Energiearmut, an dessen Entwicklung die KOS maßgeblich beteiligt war, vorstellte. Ebenso erklärte Heike Wagner anhand der bisher bekannten Überlegungen in der Bundesregierung die vermutlich noch in diesem Jahr beginnenden schrittweisen Einführung des „Bürgergeldes“, mit dem die Ampelkoalition die Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) reformieren will. Danach wurden die Teilnehmer*innen an der Tagung in fünf etwa gleich große Gruppen eingeteilt, um auf dieser Grundlage Eckpunkte zum sozial-ökologischen Existenzminimum zu erarbeiten. Konkret sollten wesentliche Anforderungen an das geplante Bürgergeld aufgelistet, Forderungen zu den explodierenden Energiepreisen sowie Forderungen in Bezug auf eine soziale Gestaltung der ökologischen Transformation insgesamt entwickelt werden. Anschließend wurden die Ergebnisse dann im Plenum vorgestellt.

In Bezug auf das Bürgergeld forderten die Teilnehmenden, dass es einen Schutz vor komplettem sozialem Abstieg bieten müsse. Deshalb sollten zunächst die vorrangigen Leistungen der Arbeitslosenversicherung gestärkt werden, besonders durch die Einführung eines Sockelbetrags bei der Arbeitslosenversicherung (also ein Mindestarbeitslosengeld) und durch Einzahlungen in die Rentenkasse während der gesamten Zeit der Arbeitslosigkeit, also auch während des Bezugs von Bürgergeld.

Zudem müsse vor allem die Höhe der Regelleistung bedarfsorientiert gestaltet und schneller an die Entwicklung der Teuerungsrate angepasst werden können. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf verwiesen, dass der paritätische Wohlfahrtsverband deshalb zu Anfang des Jahres bereits einen Regelsatz von 678 € Regelsatz gefordert habe. Ebenso sollten die Jobcenter zur Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten verpflichtet sein. Dies beinhalte die Übernahme aller tatsächlichen Energiekosten, d. h. auch die vollständige Übernahme der Stromkosten. Dem gegenüber gab es allerdings andere Stimmen, die eine kostengünstige Basisversorgung bei Strom- und Haushaltsenergie forderten und betonten, dass Energieeffizienz belohnt werden müsse. Einigkeit bestand darin, dass Obdachlosigkeit und private Energiesperren verhindert werden müssten. Letzteres könne durch die Einrichtung eines Sonderfonds zur Verhinderung von Strom- und Gassperren erreicht werden.

Weitere Forderungen richteten sich auf das Antragsverfahren. Ein leichter und sicherer Zugang zum Bürgergeld müsse gewährleistet sein, weshalb z. B. die digitale Antragsstellung speicherbar und korrigierbar sein müsse und das Bürgergeld spätestens nach 14 Tagen ausgezahlt werden solle, zur Not als Darlehen. Ebenso solle die Beratungs- und Informationspflicht der Jobcenter massiv gestärkt werden.

Wichtig sei aber auch die Abschaffung von Sanktionen. Die Tagungsteilnehmer*innen betonten außerdem ein Recht auf Qualifizierung, das berufsbezogene Fortbildung, Qualifikation und Ausbildung mit einschließe, sowie die Notwendigkeit, die bestehenden Zumutbarkeitsregeln neu zu regeln. Auch müsse die Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsförderung freiwillig sein.

Beim Personal in den Jobcentern müsse sich ebenfalls vieles verbessern. Das beinhalte u. a. einen besserer Betreuungsschlüssel, eine bessere persönliche und fachliche Eignung der Jobcenter-Beschäftigten sowie mehr externe Berater mit Sitz im Jobcenter. Ebenso solle die Zuverdienstgrenze erhöht werden, auf 250 € im Monat, wie bei der Ehrenamtspauschale.

Was Eckpunkte für eine sozial-ökologisch Transformation aus Sicht von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten betrifft, so nannten die Teilnehmer*innen dazu Folgendes:

- Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte mittels staatlicher Hilfen;
- kostenloser Ersatz defekter Haushaltsgeräte durch energiesparende Neuware;
- Unterstützung von Solaranlagen;
- bezahlbarer ÖPNV einschl. „Sozialticket“, Ausbau des ÖPNV; Erstattung der Mobilitätskosten;
- die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand.

Am Nachmittag überlegten die Teilnehmenden zudem in ihren nach regionalen Gesichtspunkten gestalteten Arbeitsgruppen, welche inhaltlichen Schwerpunkte sie bei den Forderungen im Rahmen eines voraussichtlich im Herbst bundesweit stattfindenden Aktionstages setzen könnten. Dabei entwickelten die AGs zum Teil sehr konkrete Aktionsideen, wie z. B. die AG mit Leuten aus Baden-Württemberg, die sich unter dem Motto „Teilhabe für alle – 9-Euro- Ticket für immer und überall!“ zu konkreten Aktivitäten vor Ort verabredet haben. Aber auch in den anderen AGs gab es gute Diskussionen und spannende Ideen. So zeichnen sich auch in anderen Orten wie z. B. in Berlin, in Karlsruhe, in Düsseldorf, in Darmstadt, in Frankfurt und im Raum Franken sehr konkrete Aktionen ab, für die durch

Pressearbeit, aber auch Nutzen der sozialen Medien sowie durch die gezielte Ansprache von Bündnispartnern aus dem gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Bereich geworben werden soll.

Am dritten Tag der Tagung referierte sodann Hans-Jürgen Urban vom Vorstand der IG Metall anhand eines Folienvortrags zur sozial-ökologischen Transformation aus gewerkschaftlicher Perspektive. Insbesondere beschäftigte er sich damit, was die sozialökologische Transformation für den Arbeitsmarkt bedeutet sowie damit, mit welchen Strategien Gewerkschaften den ökologischen Herausforderungen begegnen können.

Der Referent identifizierte zunächst zwei Besonderheiten der aktuellen Situation im globalen Norden:

- „säkulare Umbrüche“ durch Globalisierung, Digitalisierung und das gegenwärtige Erfordernis der Dekarbonisierung der Produktionsweise;

- „externe Schocks“, die es in letzter Zeit häufiger gegeben habe, z. B. durch die Corona-Pandemie, Lieferketten-Risse und den aktuellen Ukraine-Krieg.

Nach dem zweiten Weltkrieg habe sich eine keynesianische Form des Kapitalismus etabliert, der von einem Sozialstaat flankiert worden sei - auch, um weitergehende sozialistische Ziele abzuwehren. Dieser „Sozialstaats-Kapitalismus“ habe allerdings auch auf Geschlechter-Ungerechtigkeit, der Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte sowie Umweltzerstörung basiert. Anfang der 80er Jahre sei dann eine neoliberale Wende dieses Kapitalismus von oben initiiert worden, um die Profite zu steigern. Die „ökonomisch – ökologische Zangenkrise“, so eine Bezeichnung von Klaus Dörre, sei dadurch aber nicht beseitigt worden. D. h. u. a., dass der wachstumsbasierte Kapitalismus nach wie vor ökologisch zerstörerisch sei. Das gelte insbesondere in Bezug auf die Kohlendioxid-Emissionen und die dadurch verursachte globale Klimaveränderung.

Ökologische Reformen stellten allerdings auch Arbeitsplätze radikal in Frage, so Hans-Jürgen Urban weiter. Das zeige sich beispielhaft in der Branche Fahrzeugbau.

Die Ampel-Koalition habe bisher nur kleine Antworten auf die gegenwärtigen großen Herausforderungen entwickelt. Festzustellen seien ordnungspolitischer Strukturkonservatismus, verteilungspolitischer Kleinmut und eine ideologische Fehlorientierung („Stichwort „schwarze Null“ bei den öffentlichen Haushalten).

Hans-Jürgen Urban hält vor diesem Hintergrund nun eine strategische Neuorientierung der Gewerkschaften für erforderlich. Alle gewerkschaftlichen Forderungen seien darauf zu prüfen, ob sie der Reproduktion der Arbeitskraft, der Reproduktion der Gesellschaft oder der Reproduktion der Natur dienen würden. Notwendig seien daher einerseits ein präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Demokratisierung der Arbeit sowie die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. Notwendig seien aber auch Eingriffe auf der gesellschaftlichen Ebene: den Sozialstaat durch dessen Universalierung zu schützen, eine bedarfsorientierte und sanktionsfreie Mindestsicherung einzuführen, soziale Regeln allgemein zu demokratisieren. Notwendig sei ferner die aktive Begleitung der ökologischen Transformation durch die Gewerkschaften. Die Frage nach einer Dekarbonisierung der Produktionsweise stelle dabei immer auch die Frage nach dem Wachstum. Die Antwort könne nur in einem selektiven Wachstum liegen, für das ein neues ökonomisches Entwicklungsmodell entwickelt werden müsse.

Um etwas zu erreichen, müssten die Gewerkschaften selbst eingreifen, insbesondere durch ein Bündnis der Gewerkschaften mit den sozialen Bewegungen und der Umweltbewegung. Dabei seien Geduld und Fehlertoleranz erforderlich, sonst drohe ein politisches Abdrehen nach rechts.